

D'autre part, il y a la logique de la solution du Conseil des Etats, qui vient d'être exposée par Madame la conseillère fédérale Sommaruga. Elle vise plutôt à combattre les abus des entrepreneurs qui, en faisant des faillites à la chaîne, tentent d'échapper à leurs responsabilités et à les reporter sur l'assurance-insolvabilité.

La majorité de la commission considère que la variante du Conseil fédéral et du Conseil des Etats introduirait un privilège supplémentaire pour les travailleurs, mais surtout pour les caisses de chômage. Or ces derniers bénéficient d'ores et déjà de privilèges lors de la collocation des créances de faillites.

En outre, de l'avis de la majorité de la commission, la solution préconisée par le Conseil fédéral et le Conseil des Etats aurait pour conséquence que, tendanciellement, moins de travailleurs des entreprises à reprendre seraient repris car, à cause de la responsabilité solidaire, les coûts de reprise seraient tendanciellement plus élevés.

La majorité vous demande donc de maintenir notre précédente décision.

Vogler Karl (CE, OW), für die Kommission: Sie erinnern sich: Vergangene Woche hat unser Rat noch an einer Differenz zu den Beschlüssen des Ständerates festgehalten. Diese betrifft Artikel 333b OR. Es geht hier – Sie haben es gehört – um die Frage, ob der Übernehmer solidarisch mit dem bisherigen Arbeitgeber für die Forderungen des Arbeitnehmers haftet, welche vor dem Übergang fällig geworden sind. Der Ständerat hat nun seinerseits gestern erneut an seinem Beschluss festgehalten.

Ihre Kommission hat heute früh die Sache noch einmal beraten und ist grossmehrheitlich zum Ergebnis gelangt, weiterhin am Beschluss des Nationalrates festzuhalten.

An sich gibt es zu dieser Differenz inhaltlich nichts Neues zu sagen. Die Argumentationen der Mehrheit wie der Minderheit sind die gleichen geblieben. Die Mehrheit Ihrer Kommission ist weiterhin der Meinung, der Übernehmer sei von der Solidarhaftung zu befreien – das, um Sanierungen nicht unnötig zu erschweren und damit letztlich Arbeitsplätze zu erhalten. Die Minderheit ist der Meinung, mit der Fassung des Bundesrates und des Ständerates sollten Missbräuche in dem Sinne verhindert werden, dass sich der Übernehmer, wenn er mit dem bisherigen Eigentümer identisch ist, nicht zulasten der Öffentlichkeit um die Übernahme fälliger Lohnzahlungen drücken können soll.

Wie gesagt: Die Mehrheit Ihrer Kommission setzt den Fokus bei dieser Vorlage anders und will mit möglichst guten Rahmenbedingungen optimale Sanierungsmöglichkeiten schaffen. Dementsprechend ist von der Solidarhaftung des Übernehmers abzusehen.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 15 zu 7 Stimmen, am Beschluss unseres Rates festzuhalten und den Antrag der Minderheit abzulehnen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.077/9041)

Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 58 Stimmen

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Die Vorlage geht somit an die Einigungskonferenz.

11.070

Zivilgesetzbuch. Elterliche Sorge Code civil. Autorité parentale

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 16.11.11 (BBi 2011 9077)

Message du Conseil fédéral 16.11.11 (FF 2011 8315)

Nationalrat/Conseil national 25.09.12 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 25.09.12 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 26.09.12 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 04.03.13 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 03.06.13 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.13 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 19.06.13 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 21.06.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBi 2013 4763)

Texte de l'acte législatif (FF 2013 4229)

Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Elterliche Sorge) Code civil suisse (Autorité parentale)

Art. 133 Abs. 2

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Schwaab, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Schneider Schüttel, Sommaruga Carlo, von Graffenried)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 133 al. 2

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Schwaab, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Schneider Schüttel, Sommaruga Carlo, von Graffenried)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Schwaab Jean Christophe (S, VD): La minorité, que j'ai l'honneur de défendre actuellement, vous propose de nous rallier à la décision du Conseil des Etats sur une question avant tout formelle. Tout le monde s'accorde, que ce soit la majorité ou la minorité, sur l'importance de donner à l'enfant le droit d'être entendu, y compris sur les questions financières, mais les débats de la commission de ce matin sont surtout parvenus à la conclusion que la divergence que nous avons avec le Conseil des Etats n'a pas de portée matérielle propre. Or la décision du Conseil des Etats a été unanime.

La minorité vous propose donc d'éviter de maintenir une divergence plutôt artificielle, vu que c'est une divergence qui n'a pas de portée matérielle propre. Il y a encore une question temporelle qu'il ne faut pas négliger dans cette affaire: si nous maintenons une divergence supplémentaire et si nous devons avoir une séance supplémentaire pour éliminer les dernières divergences, le risque est gros que l'entrée en vigueur de toute cette révision importante du Code civil soit retardée. Or cette révision est suffisamment importante et attendue pour entrer en vigueur sans retard et, pour cette raison, il nous apparaît opportun de ne pas maintenir de divergences qui n'ont pas de portée matérielle.

Je vous remercie d'adopter la proposition de la minorité de la commission.

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt den Antrag der Mehrheit. Die grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag der Minderheit.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Wenn es um die Rechte und die Pflichten der Eltern gegenüber dem Kind geht,

muss das Gericht ja bekanntlich alle Umstände beachten, die für das Kindeswohl relevant sind. Das ist eine Voraussetzung. Das besagt auch Artikel 12 der Uno-Kinderrechtskonvention, der vorschreibt, dass das Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, auch die Gelegenheit erhalten muss, in allen Gerichts- und Verwaltungsverfahren angehört zu werden, die es betreffen – unmittelbar, durch einen Vertreter oder durch eine geeignete Stelle, im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften. Genau um diese Frage geht es hier, und dieser Grundsatz aus der Kinderrechtskonvention wird ja auch in Artikel 298 der Zivilprozessordnung und in Artikel 314a ZGB konkretisiert.

Nun, was ist der Unterschied, der jetzt zwischen Mehrheit und Minderheit noch besteht? Die Minderheit ist der Meinung, dass das Kind auch in Unterhaltsfragen angehört werden soll. Wir sind, wie gesagt, der Meinung – das war ja ursprünglich der Vorschlag des Bundesrates –, dass alle Fragen, die das Kind betreffen, vom Gericht mit einbezogen und beachtet werden müssen. Deshalb würde ich Sie bitten, der Minderheit zu folgen und damit auch dem Ständerat, der sagt, dass auch die Unterhaltsfrage eine Rolle spielen soll, wenn das Gericht die Sichtweise des Kindes abklärt.

Ich muss Ihnen allerdings sagen: In der Praxis wird der Unterschied nicht enorm sein. Das Gericht wird das alles beim Kind ohnehin abfragen und das Kind anhören in den Fragen, die für das Kind relevant sein können. Wenn Sie die Unterhaltsfrage hier explizit auch noch hineinschreiben, dann macht das sicher Sinn, aber ich gehe davon aus, dass das Gericht ohnehin seine Freiheit behält, das Kind zu allem zu befragen, was das Kind direkt betrifft.

Deshalb bitte ich Sie, der Minderheit und dem Ständerat zu folgen und damit auch noch die letzte Differenz in dieser wichtigen Vorlage auszuräumen.

Huber Gabi (RL, UR): Frau Bundesrätin, Sie haben sich jetzt, das ist selbstverständlich, vermehrt für die Fassung des Bundesrates ins Zeug gelegt. Sind Sie in der Tat der Meinung, dass Artikel 285 ZGB, der die Kriterien für die Bemessung des Unterhaltsbeitrages festsetzt, quasi ausser Kraft gesetzt würde, wenn die Mehrheit obsiegen würde?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Besten Dank für diese Frage, Frau Huber. Nein, ich bin nicht der Meinung, dass jener Artikel deswegen ausser Kraft gesetzt wird. Ich habe es vorhin gesagt: Das Gericht muss und wird das Kind zu den Fragen anhören, die für das Kind von Belang sind – mehr oder weniger unabhängig davon, wie Sie entscheiden, – und dessen Antworten in seine Überlegungen mit einbeziehen. Es ist ein bisschen schade, wenn Sie jetzt hier auflisten, wozu das Kind vom Gericht angehört und was alles berücksichtigt werden soll, aber nicht den Begriff «Unterhalt» aufnehmen. Das könnte bei einem Gericht natürlich Fragen aufwerfen. Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass das Gericht das Kind zu allen Fragen inklusive Unterhaltsfragen anhören und dessen Antworten beachten muss und wird, weil es hier auch um die Situation und das Wohl des Kindes geht.

von Graffenried Alec (G, BE), für die Kommission: Wir behandeln diese Vorlage zum ZGB jetzt zum dritten Mal in unserem Rat. Wir hatten in der Kommission noch drei Differenzen zum Ständerat zu beraten. Wir behandeln hier die erste dieser drei Differenzen, das ist die letzte Differenz, die nach der Kommissionsberatung noch verblieben ist. Es geht um Artikel 133 Absatz 2. Im Übrigen ist Artikel 133 zwischen den beiden Räten schon bereinigt.

Die beiden Versionen von Artikel 133 Absatz 2 haben sich während den Beratungen der beiden Räte angenähert. Sie können die beiden Versionen auf der Fahne nicht gut erkennen, weil es etwas zerstückelt ist. Ich lese Ihnen daher die beiden Versionen noch einmal vor, wie sie jetzt gemäss Nationalrat und gemäss Ständerat respektive gemäss Mehrheit und gemäss Minderheit vorliegen:

«Es», das Gericht, «beachtet alle für das Kindeswohl wichtigen Umstände. Es berücksichtigt einen gemeinsamen Antrag der Eltern und, soweit tunlich, die Meinung des Kindes.»

Das ist die Version des Bundesrates und des Ständerates. Die Version des Nationalrates, die von der Mehrheit beantragt wird, lautet folgendermassen: «Bei der Regelung der elterlichen Sorge, der Obhut und des persönlichen Verkehrs sind alle für das Kindeswohl wichtigen Umstände zu beachten; auf einen gemeinsamen Antrag der Eltern und, soweit tunlich, auf die Meinung des Kindes ist Rücksicht zu nehmen.»

Sie haben gesehen, die Differenzen sind sehr gering geworden. Ich muss klar sagen, dass in der Praxis das Kindeswohl ohnehin oberster Massstab für alle Regelungen ist, die bezüglich der Kinder zu treffen sind. Dann ist es natürlich auch klar, dass das Kind angehört werden muss. In der Praxis ist es etwas schwierig festzustellen, wozu das Kind angehört werden muss. Das Kind wird ja allgemein zu seiner Befindlichkeit und zu seinen Wünschen angehört. Es ist dann schwierig zu differenzieren, zu welchen einzelnen rechtlichen Regelungen das Kind sich äussert.

Es geht hier auch darum, in welchem Zeitraum wir diese Vorlage abschliessen können. Es ist bei unserem gedrängten Sessionsprogramm nicht sicher, ob wir die Differenzbereinigung noch innerhalb dieser Session abschliessen können. Es geht hier zwar um eine sehr kleine Differenz, aber es könnte sein, dass sie als einzige aufrechterhalten bleibt. Wenn Sie der Minderheit Schwaab folgen würden, wäre auch diese Differenz ausgeräumt.

Ihre Kommission beantragt Ihnen aus den Gründen, die Sie gehört haben, mit 15 zu 8 Stimmen Festhalten.

Sommaruga Carlo (S, GE), pour la commission: Nous avons à traiter ce matin pour la troisième fois le projet de révision de l'autorité parentale, avant une éventuelle Conférence de conciliation. Toutefois, vu le programme très chargé de cette session, il n'est pas certain que nous puissions tenir cette Conférence de conciliation cette semaine encore, par conséquent il n'est pas exclu que, si aujourd'hui nous ne nous rallions pas au Conseil des Etats, nous devions renvoyer la votation finale à la session d'automne. Ce serait extrêmement regrettable, dans la mesure où cette réforme de l'autorité parentale est attendue et d'ailleurs souhaitée par la majorité de notre conseil.

Il restait trois divergences, réduites à une seule par la majorité, à l'article 133 alinéa 2. Il s'agit ici de savoir à quel moment et dans quelles circonstances on entend l'enfant dans le cadre d'une procédure judiciaire par devant le juge. Il y a deux formulations: l'une, générique, proposée par le Conseil fédéral, et une autre que notre commission a adoptée au début de ses travaux. Y a-t-il des différences matérielles? Le débat d'aujourd'hui en Commission des affaires juridiques a montré qu'il n'y a aucune différence matérielle réelle, et qu'il y a par contre le souci de s'assurer que le juge va continuer de suivre la pratique actuelle, développée notamment au regard de l'article 285 du Code civil.

La minorité a eu des craintes qu'avec la solution adoptée par notre conseil, il soit plus difficile de pouvoir entendre l'enfant sur des éléments comme les activités parascolaires, qui ont des conséquences sur le budget, puisqu'on n'évoque pas le volet financier dans la version de notre conseil. Il convient de relever que cette différence dans la formulation n'a pas été considérée comme un élément déterminant et qu'il n'y a pas vraiment de différences de fond. Le souhait est partagé par tous que la procédure actuelle et les auditions actuelles ne soient pas remises en cause.

La commission, par 15 voix contre 8, a décidé de maintenir sa position et de suivre la décision du Conseil national. La minorité vous demande de vous rallier à la décision du Conseil des Etats, ce qui permettrait de liquider cette divergence.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.070/9042)

Für den Antrag der Minderheit ... 99 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 76 Stimmen

Art. 298a Abs. 2ter*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 298a al. 2ter*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Schlusstitel****Titre final****Art. 12 Abs. 5***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Flach, Brand, Egloff, Nidegger, Kaufmann, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Stamm)

Festhalten

Art. 12 al. 5*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Flach, Brand, Egloff, Nidegger, Kaufmann, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Stamm)

Maintenir

Flach Beat (GL, AG): Wir befinden uns im Schlusspurt bei der Vorlage zur elterlichen Sorge. Wir sind dem Ziel, die gemeinsame elterliche Sorge zu statuieren, jetzt sehr, sehr nahe.

Der letzte Minderheitsantrag betrifft die Möglichkeit, auch länger als fünf Jahre nach einem Gerichtsurteil rückwirkend die gemeinsame elterliche Sorge einzufordern. Ich habe aber gesehen, dass es quasi ausgeschlossen ist, dass sich im Ständerat die Meinung zugunsten der Minderheit ändert. Mir – und Ihnen allen, glaube ich – liegt sehr daran, dass wir dieses Geschäft abschliessen können.

Aus diesem Grund ziehe ich den Minderheitsantrag zurück.

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité*

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Dieses Geschäft ist somit bereit für die Schlussabstimmung.

13.3372

Motion UREK-NR.**Nationaler Massnahmenplan zur Gesundheit der Bienen****Motion CEATE-CN.****Plan d'action national pour la santé des abeilles**

Nationalrat/Conseil national 19.06.13

13.3367

Motion WBK-NR.**Massnahmenpaket zum Schutz der Bienen****Motion CSEC-CN.****Mesures visant à protéger les abeilles**

Nationalrat/Conseil national 19.06.13

13.3368

Motion WBK-NR.**Ausweitung der Suspendierung von Substanzen, die Bienen gefährden****Motion CSEC-CN.****Extension de la suspension concernant l'utilisation de substances nuisibles aux abeilles**

Nationalrat/Conseil national 19.06.13

Guhl Bernhard (BD, AG), für die Kommission: Zuerst möchte ich meine Interessenbindung offenlegen: Ich bin Imker und habe derzeit fünfzehn Bienenvölker, also zirka 375 000 Bienen, wobei ich zugeben muss, dass ich sie nicht täglich zähle.

Wie wichtig die Arbeit mit den Bienen ist, hat Albert Einstein in einem bekannten Satz zusammengefasst: «Wenn die Bienen verschwinden, hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben; keine Bienen mehr, keine Pflanzen, keine Tiere, keine Menschen mehr.»

Seit einigen Jahren kämpfen unsere Bienen ums Überleben. Das Bienensterben ist stärker ins Bewusstsein gekommen, und das ist gut so. Unsere WBK hat sich aufgrund der Petition Hostettler Marianne 12.2069, «Verbesserung der Situation der Honigbienen in der Schweiz», mit den Bienen befasst. Ich erwähne dies für den Fall, dass Sie sich fragen, weshalb sich nebst der UREK auch die WBK mit dem Thema Bienensterben befasst hat. Die erwähnte Petition verlangt zusammengefasst Folgendes: Das Bienensterben ist ernst zu nehmen, die Mittel an die Imker im Kampf gegen die Varroamilbe sind zu erhöhen, die Gefährdung der Honigbiene durch Pestizide ist zu überprüfen, und Kurse durch Imkervereine sind zu fördern.

Einige der Punkte wurden bereits im Rahmen der Motion Gadiant 04.3733 erfüllt. Mit der Schaffung eines Bienengesundheitsdienstes und einer Professur haben sich die Rahmenbedingungen für die Gesundheit der Bienen etwas verbessert, auch wenn dem Zentrum für Bienenforschung an der Agroscope nach wie vor dringend benötigte Mittel für die Forschung fehlen. Die Forschung kann ausgebaut werden, wenn die Motion der UREK, wie sie jetzt vorliegt, angenommen wird. Eine Forderung der Petition Hostettler, nämlich